

Geschichte der Bankzulage und Aktivitäten der VdB Bundesbankgewerkschaft

1. August 1957 Gesetz über die Deutsche Bundesbank tritt in Kraft; in § 31 wird die Einrichtung eines Personalstatuts geregelt, und dass die Bank darin mit Zustimmung der Bundesregierung die Rechtsverhältnisse der Beamten regeln kann; darin kann bestimmt werden, das vom Besoldungsgesetz abgewichen werden kann; die Bankzulage wird darin auf bis zu 30% des Grundgehalts begrenzt, die Zulage ist nicht ruhegehaltsfähig aber dynamisiert und wird nur an Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte der Bundesbank gezahlt
- 1975 aufgrund der Haushaltslage wird die Bankzulage im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes eingefroren (keine Dynamisierung mehr)
1. Januar 1990 Redynamisierung auf zunächst 22 %
22. Oktober 1992 Neufassung des Bundesbankgesetzes, die Bankzulage bleibt unverändert
28. Februar 1997 der Gesetzgeber legt 19% als Obergrenze für die Bankzulage im Rahmen des Dienstrechtsreformgesetzes fest und die Zulage wurde auf Betreiben des VdB dynamisiert
23. März 2002 7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank, Landeszentralbanken werden in Hauptverwaltungen umgewandelt, Haupt- und Zweigstellen werden zu Filialen
30. Januar 2006 Information über Vorlage des Gesetzentwurfs
- Sofortiges Gespräch des VdB mit BBkPräsident Prof. Dr. Axel A. Weber, Dr. Hans Reckers, MdV, und Werner Mika, ZBL Personal, mit Protest gegen die beabsichtigte Kürzung bzw. Streichung; Abstimmung der Taktik und weiteren Vorgehensweise; Vereinbarung über Information an Mitarbeiter sobald als möglich
- Schreiben des VdB an die dbb-Bundesleitung mit der Bitte um Unterstützung durch dbb
1. Februar 2006 Kontakt mit Bundestagsabgeordnetem Wissing wegen dessen kleiner Anfrage zur Zukunft der Bundesbank.
2. Februar 2006 Herausgabe des VdB-AKTUELL (auch in den politischen Bereich)
- Herausgabe von Innenseiten mit Stellungnahme der Bundesbank zum Gesetzentwurf
- Schreiben an den Bundesfinanzminister mit Bitte um Gespräch
- Gespräch mit Dr. Hans Reckers, MdV, zum Sachstand

- Presseinformationen aus BMF: Abbau soll auf 7 Jahre gestreckt werden
3. Februar 2006 Info-Veranstaltung in Zentrale
- Gespräch mit Präsident Prof. Dr. Axel A Weber und anderen Vorstandsmitgliedern
6. Februar 2006 Gemeinsamer Aufruf von ver.di und VdB zu einer Unterschriftenaktion
- Weitergabe der VdB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf in überarbeiteter Fassung an den dbb
7. Februar 2006 Schreiben an den Berichterstatter des Haushaltsausschusses (Deutscher Bundestag) mit umfangreicher Begründung, die am 8. Februar 2006 diesen Punkt nachträglich auf der Tagesordnung hatten
8. Februar 2006 Mailing an alle Mitarbeiter der Bank, mit der Bitte, Schreiben an Abgeordnete etc. zunächst einzustellen, da sie wegen des Inhalts kontraproduktiv wirken
Abstimmung der dbb-Stellungnahme zum Gesetzentwurf
9. Februar 2006 Vortrag und Erörterung im BMF
Vorgetragene Argumente wurden jeweils einzeln aus Sicht des BMF als unbeachtlich zurückgewiesen.
- Information Dr. Fabritius, Reckers und Mika über Beteiligungsgespräch
- Herausgabe eines VdB-AKTUELL über das Beteiligungsgespräch und Einstellen der Stellungnahme in das InfoPortal
- Gespräch mit Präsident Prof. Dr. Axel A Weber und anderen Vorstandsmitgliedern
- Gespräch mit Herrn Hans Eichel, MdB und Finanzminister a.D., („Wollte Bankzulage bereits früher wegnehmen mit Rücksicht auf neue Amtszeit Weber jedoch verschoben“)
10. Februar 2006 Gespräch mit dem Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel A. Weber über aktuellen Verhandlungsstand
(„Ich will am liebsten 5,5,5 und zeitliche Streckung des Abbaus; noch lieber 10,5,5“ wenn das nicht kommt, lass ich lieber platzen“)
14. Februar 2006 Monatsgespräch mit Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel A. Weber im Hauptpersonalrat
- Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, um die etwa 10.000 Unterschriften aus der gemeinsam mit ver.di veranstalteten Unterschriftensammlung zu übergeben
15. Februar 2006 Information durch Präsident Weber über Einigung mit dem Bundesfinanzminister auf Basis 9,5,0 und zeitlich gestrecktem Ab-

bau ohne Bezügekürzung („Wenn nicht diesen Kompromiss akzeptiert, dann wäre Referentenvorlage mit 5,0,0 und 5 Jahre Totalabbau ins Kabinett gegangen.“)

16. Februar 2006 Information des HPR über Verhandlungsergebnis durch Dr. Reckers und Dr. Fabritius
- Abstimmung der gemeinsamen Presseerklärung mit BMF (Teil der Vereinbarung) erst in den späten Mittagsstunden entgegen ursprünglicher Absicht, die frühen Vormittag vorsah (Goldproblematik), dadurch Verzögerung der INNENSEITEN, nach denen die Gewerkschaften entsprechend ihrer Zusage informiert haben
- Herausgabe VdB-AKTUELL
- Protestveranstaltung vor der Hauptverwaltung in Stuttgart bei Besuch von BMF Steinbrück
4. Mai 2006 Anhörung des VdB vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages
15. Mai 2006 Schreiben des VdB an Kampeter (Mitglied des Deutschen Bundestags)
1. Juli 2006 Haushaltsbegleitgesetz 2006 tritt in Kraft
- Juli 2006 Vom VdB in Auftrag gegebenes Gutachten zur Vereinbarkeit von Art. 6 Haushaltsbegleitgesetz 2006 mit dem europäischem Gemeinschaftsrecht und deutschem Verfassungsrecht liegt vor
- VdB Bundesvorstand beschließt 5 Musterverfahren zu den Widersprüchen von VdB-Mitgliedern wegen der Kürzung der Bankzulage zu begleiten
6. Juli 2006 Schreiben an Präsident Weber, über die Unanwendbarkeit bzw. Nichtigkeit von Artikel 6 Haushaltsbegleitgesetz 2006
- Schreiben vom VdB an BMF Steinbrück über die Unanwendbarkeit bzw. Nichtigkeit von Artikel 6 Haushaltsbegleitgesetz 2006
11. Juli 2006 VdB fordert im VdB-AKTUELL zum Widerspruch gegen die Kürzung der Bankzulage auf
- Schreiben des VdB an die Europäische Zentralbank (EZB) wegen Einhaltung des EG-Vertrages im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006
21. Juli 2006 Gespräch mit Bundesfinanzministerium um eine politische Änderung der Bankzulage zu bewirken
1. August 2006 mit Art. 6 des Haushaltsbegleitgesetzes wird die Zulage erneut reduziert. Sie beträgt für Angehörige der Zentrale 9% und Mitarbeiter der Hauptverwaltungen 5% jeweils festgeschrieben auf

	Einkommensbasis 1. August 2006 (ohne Dynamisierung). Angehörige der Bundesbankfilialen ist dort seit 2006 keine Bankzulage mehr vorgesehen.
August 2007	Versuch eine parlamentarische Lösung einer Bankzulage von 9% für alle Bundesbankbeschäftigten herbeizuführen
Oktober 2007	Gespräch mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags
9. Oktober 2007	erste Verhandlung vor einem Verwaltungsgericht in der Klage von VdB Mitgliedern gegen die Deutsche Bundesbank in Berlin
November 2007	Gespräch mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags
Februar 2008	Stellungnahme der EZB zur erneuten Änderung von § 31, Abs. 4 BbankG die Bankzulage betreffend
27. Mai 2008	VdB weist im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages und des Geschäftsberichts auf die Problematik der Dreiteilung der Bankzulage hin
30. Juni 2008	VdB geht in Berufung zur Klage wegen Kürzung der Bankzulage (II. Instanz)
12. August 2008	Schreiben des VdB an Thiele, Poß, Oswald und Meister - Mitglieder des Deutschen Bundestages - mit Forderung einer einheitlichen Bankzulage
1. Juli 2009	Personalstatut wird durch die (inhaltsgleiche) Bundesbankpersonal-Verordnung (BBkPersV) abgelöst
25. Oktober 2010	Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Klage wegen Kürzung der Bankzulage – alle Klagen gekippt – der juristische Weg ist damit bis zum Ende ausgeschöpft worden
8. Mai 2012	VdB weist im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages und des Geschäftsberichts erneut auf die Problematik der Dreiteilung der Bankzulage hin
2. Juni 2016	VdB weist im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages und des Geschäftsberichts erneut auf die Problematik der Dreiteilung der Bankzulage hin
7. November 2018	Schreiben des VdB an Präsident Weidmann, mit der Aufforderung sich in Berlin für eine einheitliche Bankzulage einzusetzen, da politische und gewerkschaftliche Kräfte in Berlin für eine Erhöhung der Zulagen werben

9. Januar 2020

Bekanntgabe des Beschlusses des Vorstands der Deutschen
Bundesbank über die Anpassung der Bankzulage

